

# Kommt die Corona-Impfpflicht für alle?

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/epa12399,81224,28>

- In Österreich ist sie bereits beschlossen
- Und auch in Deutschland wird heiß diskutiert
- So würden unsere Abgeordneten abstimmen



VON MATTHIAS JUNDT  
matthias.jundt@suedkurier.de

**Schwarzwald-Baar** – Was von nahezu allen Politikern lange und wiederholt ausgeschlossen worden war, könnte bald Thema einer Abstimmung im Bundestag werden: die Corona-Impfpflicht. Der neue Bundeskanzler Olaf Scholz hatte jüngst eine Wissensabstimmung ohne Fraktionszwang vorgeschlagen. Den Schwarzwald-Baar-Kreis repräsentieren in dieser Legislaturperiode zwei Abgeordnete – Derya Türk-Nachbaur (SPD) und Thorsten Frei (CDU). Wie würden die beiden abstimmen? Der SÜDKURIER hat nachgefragt.

➤ **Derya Türk-Nachbaur (SPD):** „Klar ist, jeder, der sich jetzt impfen lässt, umgeht eine allgemeine Impfpflicht“, sagt Türk-Nachbaur. Das Thema beschäftige momentan viele Menschen, auch die Bundestagsabgeordnete erhalte zahlreiche Zuschriften von Menschen, die die Pflicht ausdrücklich wollten, um ihre Freiheiten wiederzuerlangen. Insgesamt würden inzwischen zwei Drittel der Bürger die allgemeine Impfpflicht befürworten. Es gebe aber auch viele Zuschriften, die die Impfpflicht ausdrücklich ablehnten. „Ich habe nicht nur in den vergangenen Wochen und Tagen die Situation in den Krankenhäusern und den Intensivstationen näher beobachtet und komme tatsächlich zu dem Schluss, dass wir an einer Impfpflicht für Erwachsene nicht mehr herumkommen“, sagt Türk-Nachbaur

## Rechtlich möglich

Das Infektionsschutzgesetz bietet die Möglichkeit für eine Impfpflicht. In Paragraph 20 „Schutzimpfungen und andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe“ steht unter anderem: „(6) Das Bundesministerium für Gesundheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates anzuordnen, dass bedrohte Teile der Bevölkerung an Schutzimpfungen oder anderen Maßnahmen der

der abgehängt wurden, weil zu viele Existenzen bedroht sind und weil der Großteil der Menschen, die sich impfen ließen, von einer Minderheit gegängelt werde.

Noch vor einigen Wochen und Monaten habe sie einen anderen Standpunkt vertreten. Sie mache aber eine Politik, die sich an den wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiere. Die Sozialdemokratin sagt: „Selbstverständlich verstehe ich auch die Positionen derjenigen, die die Impfpflicht ablehnen. Aber es gilt jetzt abzuwägen und eine belastbare Entscheidung zu treffen, die uns die Freiheiten, nach denen wir uns sehnen, wieder zurückbringen.“ Türk-Nachbaur habe die Hoffnung gehabt, dass sich zweifelnde Impfgegner von wissenschaftlichen Erkenntnissen überzeugen ließen und dass die verzweifelten Hilferufe des medizinischen Personals an das Solidaritätsgefühl der Zweifelnden appellieren würden: „Doch ich habe mich – wie viele andere auch – geirrt.“ Die SPD-Frau schlägt eine stufenweise Einführung der Impfpflicht vor: „Die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Kliniken und Pflegeheime muss so schnell wie möglich kommen, um dann im nächsten Schritt eine allgemeine Impfpflicht im Früh-

spezifischen Prophylaxe teilzunehmen haben, wenn eine übertragbare Krankheit mit klinisch schweren Verlaufsformen auftritt und mit ihrer epidemischen Verbreitung zu rechnen ist. Personen, die auf Grund einer medizinischen Kontraindikation nicht an Schutzimpfungen oder an anderen Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe teilnehmen können, können durch Rechtsverordnung nach Satz 1 nicht zu einer Teilnahme an Schutzimpfungen oder an anderen Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe verpflichtet werden.“

werden, für die allgemeine Impfpflicht brauchen wir etwas mehr Zeit.“

➤ **Thorsten Frei (CDU):** „Was eine allgemeine Impfpflicht angeht, bin und bleibe ich skeptisch. Auch wenn eine Impfpflicht nicht mit einem Impfwang gleichzusetzen ist, so beißt sich der damit verbundene Druck auf alle Menschen mit unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit“, sagt Frei von der CDU. Vieles hänge aber letztlich von der konkreten Ausgestaltung ab, so auch seine Zustimmung. Maßgeblich für Freis Entscheidung werde auch das Gutachten des Ethikrats sein, das noch in diesem Monat erwartet wird.

„Durchsichtig erscheint mir jedoch der Versuch, sich mit einer ‚Gewissensentscheidung‘ aus der Verantwortung zu stehlen. Noch im Fall der Masern 2020 war davon keine Rede. Dass der zukünftige Kanzler die parlamentarische Abstimmung über die Impfpflicht gleichwohl zur Gewissensfrage erheben will, ist einzig und allein seiner Sorge geschuldet, dass ihm Teile der FDP bei der ersten wichtigen Abstimmung von der Stange gehen könnten“, sagt Frei weiter. Dass die Ampel schon bei der ersten großen Entscheidung zur Be-



Thorsten Frei von der CDU.



Derya Türk-Nachbaur von der SPD.

Eine Corona-Impfpflicht wäre übrigens nicht die erste Pflicht für eine Impfung, die es auf deutschem Boden geben würde. Tatsächlich hatte das damalige Königreich Bayern am 26. August 1807 als weltweit erstes Land überhaupt eine Impfpflicht gegen Pocken eingeführt. Auch im Deutschen Reich gab es eine solche 1874 infolge einer Pocken-Epidemie drei Jahre zuvor, an der rund 180.000 Menschen starben. Die Impfpflicht gegen Pocken endete in Westdeutschland 1976, in der ehemaligen DDR 1982. Wo es aktuell die niedrigsten Impfquoten gibt, war die Immunisierung gegen Kinderlähmung im Jahr 1960 sogar Pflicht. Die ehemalige DDR hatte nur ein Jahr nach der Einführung der Impfpflicht gegen Kinderlähmung noch vier neue Fälle gezählt. In der BRD waren es zum gleichen Zeitpunkt gut 4500 Fälle. Erst als die Bundesrepublik im Jahr 1962 – ohne Pflicht – gegen Kinderlähmung animpfte, sanken auch hier die Zahlen drastisch. Obnehin mussten sich DDR-Bürger bis zu ihrem 18. Lebensjahr gegen etliche Krankheiten wie Tetanus, Keuchhusten oder Masern impfen lassen. Die Masernimpfpflicht gibt es aktuell in Deutschland. Das Gesetz sieht vor, dass alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr für die